

Austeritätspolitik und Peripherisierung als kollektive Verletzungserfahrung

Der Nährboden rechter Mobilisierung

Katrin Großmann, Christoph Hedtke & Katharina Kullmann

Zusammenfassung: Betrachtet man Kartendarstellungen von Wahlergebnissen und wirtschaftlicher Entwicklung – in Deutschland und auch international –, zeigt sich eine verblüffende Ähnlichkeit. So sind es insbesondere Gebiete, die von wirtschaftlichem Strukturbruch oder -wandel, Abwanderung, überdurchschnittlicher Alterung, geringen Einkommen und sinkender Kaufkraft gekennzeichnet sind, in denen rechte Parteien besonders starken Zuspruch erhalten. Ein Blick auf die kommunale Steuerkraft im Thünen-Atlas verdeutlicht zudem, dass gerade die Landstriche mit den geringsten Mitteln, die Lebensverhältnisse vor Ort zu verbessern, besonders häufig die Alternative für Deutschland (AfD) wählen. Im kommunalen Finanzsystem ist strukturell angelegt, dass gerade hier die Kommunen in ihrem finanziellen Handlungsspielraum immer stärker eingeschränkt werden, denn die wichtigsten Einnahmequellen, die Einkommenssteuerbeteiligung, die Gewerbesteuern und die Schlüsselzuweisungen pro Einwohner:in über den Landesfinanzausgleich, sinken im Zuge der Peripherisierung durch Abwanderung, Betriebsschließungen und niedrigere Einkommen. Nach Jahren strikter Sparpolitik und immer wiederkehrender Haushaltssicherung fehlt in diesen Kommunen das nötige Geld, um sich aus der Niedergangsdynamik zu befreien.

Die Frage, wie die wirtschaftlichen Entwicklungen und die rechten Wahl- und Mobilisierungserfolge zusammenhängen, ist jedoch nicht so einfach aufzulösen. Eine Antwort sehen wir in einem lokal geteilten gemeinsamen Gefühlshaushalt, der durch die Veränderungen hervorgerufen wird und den Weg für rechte Instrumentalisierung und Mobilisierung bereiten kann. Was meinen wir mit Gefühlshaushalt? Die wirtschaftlichen und demographischen Veränderungen und damit einhergehenden strukturellen Benachteiligungen vieler Kommunen führen zu wiederholten Gefühlen der Kränkung, Hoffnungslosigkeit, Ohnmacht und Fremdbestimmung, die sich über die Zeit hinweg verfestigen und von sehr vielen Menschen – politische Spektren übergreifend und teilweise sogar unabhängig von dem individuellen Erleben – geteilt werden. Es sind diese Gefühle, die rechte Akteur:innen aufgreifen, verstärken, kanalisieren und zur Mobilisierung nutzen, in dem sie diese in ihre politischen Erzählungen einbinden und darüber hinaus Gemeinschaftsgefühle, Selbstermächtigung und Handlungsmacht versprechen und somit positive emotionale Erfahrungen ermöglichen.

In diesem Beitrag versammeln wir Stimmen aus der lokalen Politik und Zivilgesellschaft aus Fallstudien in Bayern, Hessen, Thüringen und Sachsen, die zu den sogenannten »strukturschwachen« Regionen Deutschlands zählen und die wir als peripherisierte Orte begreifen. Unter Peripherisierung verstehen wir die anhaltende Abkopplung von Orten oder ganzen Regionen von den Ressourcen und Gelegenheiten der Zentren. Die Stimmen aus diesen Orten und ihren plastischen Schilderungen helfen uns zu verstehen, wie Peripherisierung, strikte Sparpolitiken für Kommunen und lokal verfestigte emotionale Dispositionen zusammenhängen und sich in radikal rechte Mobilisierungserfolge übersetzen lassen.

1. Einleitung

Die Versuche, den Aufstieg extrem rechter Parteien in Europa und vielen anderen Ländern der Welt zu erklären, reichen von der Angst vor dem sozialen Abstieg, fragmentierten Öffentlichkeiten über Krisenerfahrungen bis hin zu lange verborgen gebliebenen rassistischen Haltungen, denen nun freier Lauf gelassen wird (vgl. Mullis 2025), und alle diese Punkte erklären ein Teil des Puzzles. Die Stadt- und Regionalforschung hat diesem Potpourri hinzuzufügen, dass die Geographie der Wahlergebnisse rechter, autoritaristischer und nationalistischer Parteien zusammenfallen mit den regionalen Ausprägungen von Peripherisierung: ein Muster, das unter Schlagworten wie »Geographies of Discontent« (De Ruyter/Martin/Tyler 2021) oder »Revenge of the Places that don't matter« (Rodriguez-Posé 2018) beschrieben wird.

Die räumlich ungleiche Zustimmung zu rechtsextremen Parteien ist also weniger eine Frage von Stadt vs. Land, sondern eine Polarisierung zwischen Peripherie und Zentrum, zwischen den so genannten »strukturschwachen Regionen« und den prosperierenden oder stabilen Regionen. In Deutschland betrifft das große Teile der ostdeutschen Bundesländer, Hotspots finden sich aber auch im Ruhrgebiet, in Rheinland-Pfalz und im Saarland oder im Nordosten von Bayern. All dies sind Regionen, die durch wirtschaftlichen Strukturbruch oder -wandel, Abwanderung, überdurchschnittliche Alterung, geringe Einkommen und sinkende Kaufkraft gekennzeichnet sind (vgl. Leibert et al. und Mutscheller/Schäfer in diesem Band). »Hier wird es von allem jedes Jahr ein bisschen weniger« ist eine Formulierung, die uns in mehreren empirischen Studien in Kleinstädten in Sachsen, Thüringen und Hessen in den letzten Jahren begegnet ist.

Ein Blick auf die kommunale Steuerkraft im Thünen-Atlas zeigt zudem, dass gerade die Landstriche mit den geringsten Mitteln, die Lebensverhältnisse vor Ort zu verbessern, besonders häufig die AfD wählen (vgl. Küpper/Peters 2019; Kallert et al. 2022). Das Steueraufkommen pro Kopf ist also nicht nur ein Indikator regionaler Disparitäten, es ist Folge und Treiber von Peripherisierung. Im kommunalen Finanzsystem ist strukturell angelegt, dass gerade die Kommunen, die am stärksten von wirtschaftlichem Strukturwandel, von globalisierten Märkten und Abwan-

derung betroffen sind, in ihrem finanziellen Handlungsspielraum immer stärker eingeschränkt werden. Denn die wichtigsten Einnahmequellen für Kommunen, die Einkommenssteuerbeteiligung, die Gewerbesteuern und die Schlüsselzuweisungen pro Einwohner:in über den Landesfinanzausgleich, sinken im Zuge der Peripherisierung durch Abwanderung, Betriebsschließungen und niedrigere Einkommen. Nach Jahren strikter Sparpolitik und immer wiederkehrender Haushaltssicherung fehlt in diesen Kommunen das nötige Geld, um sich aus der Niedergangs-Dynamik zu befreien.

Unbeleuchtet bleibt aber auch, wie sich die regionale Deprivation eigentlich genau in hohe Wahlergebnisse extrem rechter Parteien übersetzt. Die meisten Arbeiten belegen mittels Strukturindikatoren, dass ein Zusammenhang zwischen Wahlergebnissen und der über sozio-ökonomische Indikatoren gemessenen Deprivation existiert (vgl. Le Bras/Warnant 2021; Sandbu 2022; Rodriguez-Posé 2018). Implizit wird dann angenommen, dass Deprivation zu Unmut führt und dies zu einem Erstarren der extremen Rechten. Aber wie genau passiert das?

Wenige qualitative Arbeiten verweisen auf deprivierte emotionale Zustände, die sich in lokalen Gemeinschaften bilden und verfestigen. So beschreibt Stückrad (2011), wie sich im ländlichen Brandenburg Unmut über die Regional- und Sozialpolitik breitmacht, und schlussfolgert, dass gemeinsames Schimpfen auch einen gemeinschaftsstiftenden Effekt hat. Hannemann, Henn und Schäfer (2024) sprechen von regionaler Verbitterung, die sie in der Thüringer Peripherie insbesondere unter Inhaber:innen von Handwerksbetrieben analysiert haben. Wir möchten vorschlagen, dies als kollektive Verletzungsverhältnisse (Straub 2014) zu lesen. Aus diesen Verletzungsverhältnissen resultieren emotionale Dispositionen, die von einer radikalen Rechten aufgegriffen werden und eine Mobilisierung begünstigen (vgl. Hedtke et al., i. E.).

In diesem Beitrag nutzen wir qualitative Daten, um eine Art kollektives Gefühlswissen vorzustellen, welches die lokale Gesellschaft als gemeinsame Erfahrungsbasis teilt: Hoffnungs- und Machtlosigkeit, Enttäuschung, Trauer oder Unsicherheit. Rechte Protestakteur:innen und Parteien schließen an diese emotionalen Dispositionen an und instrumentalisieren so Gefühle des Abgehängtseins und Nicht-Gehörtwerdens für die Herausbildung und Mobilisierung einer »Gefühlsgemeinschaft« (Spissinger 2024). Nachfolgend stellen wir die für diesen Beitrag zentralen Konzepte Peripherisierung, Rural Austerity und kollektive Verletzungsverhältnisse vor und zeigen dann anhand empirischer Einblicke aus verschiedenen Studien, wie aus Peripherisierungserfahrungen mobilisierbare emotionale Dispositionen und Konflikte resultieren.

2. Peripherisierung

Peripherisierung beschreibt den Prozess der Abkopplung peripherer Orte oder Regionen von den Ressourcen und Gelegenheiten der Zentren. Keim (2006: 4) entwirft den Begriff Peripherisierung als komplementären Begriff zur Zentralisierung. Nicht statisch, sondern als »einen sozial-räumlichen Prozessbegriff« will er ihn verstehen, der die »graduelle Schwächung und/oder Abkopplung sozial-räumlicher Entwicklungen gegenüber den dominanten Zentralisierungsvorgängen bezeichnet« (ebd.). Der Begriff hat jedoch nie Einzug in eine breitere öffentliche Debatte gefunden, sondern wird von einer überschaubaren Community von Stadt- und Regionalwissenschaftler:innen benutzt.

Bereits 2007 kritisiert Beetz (2007: 237), dass die Fokussierung der Debatte zu schrumpfenden ländlichen Räumen auf demographische Prozesse zu einer »Vengung politischer Perspektiven« führe. Prägnant weist er darauf hin, dass damit »nicht die regionalen Verhältnisse zu verändern [seien], sondern die Entwicklungen zu akzeptieren« (ebd.: 232f.). Er zeigt, wie sich die Politik statt einer Unterstützung dieser schrumpfenden ländlichen Räume für eine Förderung der Zentren entschieden hat. Politik, Medien und Wissenschaft äußerten sich teils herablassend zu deren Zukunftsfähigkeit, die nach demographischen Indikatoren vermessen wurde, und rieten dazu »sich schrittweise aus solchen Regionen zurückzuziehen« (ebd.: 233; siehe auch Berlin-Institut 2009).

Peripherisierung wird entlang verschiedener Dimensionen beschrieben. Dazu zählt (1) die ökonomische Dimension, also der Einbruch der lokalen Ökonomie mit Unternehmensschließungen, Arbeitsplatzverlusten, der Rückgang privater und kommunaler Ressourcen. Damit einher gehen (2) der Bevölkerungsrückgang, hervorgerufen durch Abwanderung jüngerer Altersgruppen und (3) die kulturelle Peripherisierung, also die Marginalisierung und Stigmatisierung im gesellschaftlichen Diskurs als langweilig, traditionell und rückständig (vgl. Beetz 2008). Mit (4) politischer Peripherisierung wird eine Verringerung des politischen Einflusses durch Zentralisierung von staatlichen Institutionen und Entscheidungsgremien beschrieben und (5) infrastrukturelle Peripherisierung bezieht sich auf die unzureichende Ausstattung sowohl mit physischer Infrastruktur wie Verkehrswege oder digitale Netze als auch mit sozialen Infrastrukturen wie Bildungseinrichtungen oder Gesundheitsversorgung (vgl. Beetz 2008; Kühn 2015).

Solche Phänomene wurden im politischen und wissenschaftlichen Diskurs als Folgen des demographischen Wandels lange Zeit naturalisiert, obwohl Abwanderung vornehmlich auf wirtschaftliche und politische Prozesse zurückzuführen ist und die Geburtenrate gerade auf dem Land noch anhaltend hoch blieb (vgl. Großmann 2024). Kritische Stimmen, die hier von der Demographisierung des Gesellschaftlichen sprachen, konnten sich in diesem Diskurs nicht durchsetzen (vgl. Barlösius/Schiek 2007; insb. Beetz 2007).

3. Rural Austerity

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Rural Austerity in Deutschland erfährt erst in den letzten Jahren mehr Aufwind. Das noch junge Feld der kritischen Landforschung versammelt (wie dieser Band) wissenschaftliche Perspektiven, die Fragen zu räumlicher Differenzierung, Phänomene wie Desintegration, die Konsequenzen makro-ökonomischer Prozesse und anhaltender Sparpolitiken zusammen denken (vgl. Belina et al. 2022; Kallert/Dudek 2019). Inspiriert auch von der britischen Debatte zu Rural Austerity (vgl. etwa Gray/Barford 2018; May et al. 2020), benennen sie die Auswirkungen von Sparpolitik auf ländliche Räume als Forschungslücke und schaffen Aufmerksamkeit für ein Themenfeld, also Austerität, das in den letzten Jahren hauptsächlich für städtische und urbane Agglomerationen bearbeitet wurde (vgl. Kallert/Dudek 2019).

Neoliberalisierung, Verwaltungsabbau, Verschuldung, Sparpolitiken und kommunale Handlungsfähigkeit sind außerdem originäre Themen der deutschen Verwaltungs- und lokalen Politikforschung. Die Themenkomplexe werden hier im Kontext der Begleitung von Verwaltungsreformen und der Ausdifferenzierung der Kooperation zwischen politischen Ebenen diskutiert (vgl. u. a. Hoffsummer/Grundnig/Hilgers 2016; Bogumil 2022). Eine Verschränkung mit Debatten der kritischen Geographie und Stadtforschung oder Peripherisierung gibt es kaum.

Die wissenschaftlichen Auseinandersetzungen stehen einer gesellschaftspolitischen Debatte zu Schieflagen in der Kommunalfinanzierung und anhaltendem Reformbedarf gegenüber. Initiativen und Verbände weisen zum Teil seit Jahren auf die prekäre Situation von Kommunen hin und machen konkrete Lösungsvorschläge, allerdings bislang ohne sich durchzusetzen (vgl. Aktionsbündnis, Kaiserslauterer Apell 2014; Netzwerk junge Bürgermeister*innen 2024; re:form 2025 u.v.m.).

4. Emotionen und kollektive Verletzungsverhältnisse

Für ein besseres Verständnis der »Geographies of Discontent« greifen wir auf das Konzept »historischer und kollektiver Verletzungsverhältnisse« zurück, das der Sozialpsychologe Straub (2014) im Kontext von Migrationsgesellschaften entwickelt hat. Zentral ist hier die Annahme, dass alles Handeln, Denken, Fühlen und Wollen geschichtlich konstituiert ist und somit sowohl von konkreten Ereignissen als auch von der narrativen Repräsentation historisch-biographischer Erfahrungen geprägt ist. Nach Straub resultiert daraus ein »strukturell verfestigte[r] ›Niederschlag‹ aller subjektiven Erlebnisse in Gestalt eines niemals vollständig explizierbaren, teilweise bewussten, teilweise unbewussten Geflechts oder Netzwerks von Dispositionen« (ebd.: 76). Mit dieser Perspektive geraten nicht nur weit zurückliegende Ereignisse in den Fokus, sondern auch solche, die möglicherweise gar nicht persönlich

erlebt wurden, sich aber im kollektiven Wissen verfestigt haben, wobei dies auch vorsprachlich und unbewusst sein kann. Zwar sind grundsätzlich auch positiv konnotierte Ereignisse Teil des »Niederschlags«, häufig sind es aber insbesondere die Gewalterfahrungen und daraus resultierende Verletzungen, die weitreichende, Generationen übergreifende Folgen zeigen können, ohne dass eine direkte Interaktion oder Kommunikation zwischen den Beteiligten notwendig sind.

Historische Gewalterfahrungen, ob nun aufgrund von physischer, verbaler oder symbolischer Gewalt, resultieren in Verletzungen, die sich akkumulieren. Ab einem gewissen Punkt zählt dann jede weitere, auch scheinbar harmlose Erfahrung auf dieses »Konto« ein. Die so entstehenden (kollektiven) Verletzungsverhältnisse verbinden Verletzungen der Vergangenheit mit der Gegenwart, sie bilden also weitere Verletzungsrisiken. Werden diese Verletzungen nicht anerkannt und bearbeitet, wird die Geschichte der Verletzungen fortgeführt, und all dies muss nicht notwendigerweise dem Bewusstsein zugänglich sein. Wichtig erscheint uns zudem die Annahme Straubs, dass Menschen mit bestehenden Wunden sensibler und verletzlich sind als andere. Gleichzeitig sind Menschen nicht nur verletzlich, sondern auch verletzungsfähig, möglicherweise gerade auf Grund ihrer eigenen Verwundungen (ebd.: 79).

5. Emotionale Erfahrung von Peripherisierung

In unserer Forschung der letzten Jahre beobachteten wir an verschiedenen Orten ähnliche Dynamiken und Konsequenzen von Peripherisierung. In diesem Beitrag greifen wir daher auf empirisches Material aus mehreren qualitativen Untersuchungen zu folgenden Themen zurück: 1) Die Rolle von Emotionen in lokalen Konflikten;¹ 2) Fragen der Handlungsfähigkeit von Akteur:innen in peripherisierten Kleinstädten und Gemeinden aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft;² 3) Schrumpfende Kleinstädte im deutsch-finnischen Vergleich;³ 4) Selbst- und Fremdbestimmung in peripherisierten Kommunen (Studienprojekt, siehe Ahnert et al. 2025). Die Erhebungen erfolgten in Kleinstädten und ländlichen Gemeinden in Sachsen, Thüringen, Bayern und Hessen und umfassen qualitative Interviews mit Einwohner:innen und Lokalpolitiker:innen, teilnehmende Beobachtungen auf Protestveranstaltungen sowie Auswertungen von Presseberichterstattung und lokalen Social Media-Kanälen und -Gruppen.

1 <https://www.lokonet.de>, gefördert durch das BMFTR (2022–2026), FKZ: 01UG2201A.

2 <https://www.fpz.fh-erfurt.de/projekte/peripher>, gefördert durch das BMFTR (2024–2026), FKZ: 03DPS1059A.

3 <https://www.fh-erfurt.de/projekte/lish-enhancing-liveability-of-small-shrinking-cities-through-co-creation>, gefördert durch ERA.Net RUS (2021–2023).

5.1. Kränkung und Verlust führen zu Trauer, Hoffnungslosigkeit, Verzweiflung und Frust

Peripherisierung bedeutet vor allem, einen anhaltenden, mal schleichenden, mal schloppierenden Verlust zu erleben. Gerade in den ostdeutschen Gemeinden ist die Deindustrialisierung der Nachwendezeit noch ein zentrales Thema. Ein Interviewpartner berichtet:

»Für die Leute war der Wegfall der Industrie [...] über 3000 Beschäftigte von einem Tag auf den anderen [...] das muss man sich mal vorstellen. Die standen dort, die haben gesagt, was haben wir denn falsch gemacht? Wir haben doch immer zu gearbeitet. [...], und die Art und Weise, wie man mit den Leuten umgegangen ist, die sitzt bis heute fest.«

Auf die Arbeitslosigkeit folgte oft ein Job in den westlichen Bundesländern, was die nächste verletzende Erfahrung durch Diskriminierung und Stigmatisierung mit sich brachte:

»Dann bist du natürlich erstmal der Ungelernte, der Depp und der Ossi. [...] die haben sich viel anhören müssen und diese Verletzungen, die haben die Leute nie verwunden.«

War es lange Zeit vor allem der stigmatisierende Blick auf die Ostdeutschen, werden heute in Ost wie West Stigmatisierungen ländlicher Räume durch Großstädter:innen wahrgenommen, denen zugeschrieben wird, sich als etwas »Besseres« fühlen und Politik nur für die Großstadt zu machen.

Vor Ort löst der Verlust identitätsstiftender und ortsbildprägender Gebäude wie Gasthäuser, an denen wichtige und schöne Erinnerungen hängen, Trauer aus, eine Emotion, die vergleichsweise häufig auch explizit als solche artikuliert wird. So heißt es immer wieder in den lokalen Facebook Gruppen »einfach nur traurig«, »schlimm«, »wieder ein Stück Kultur weg«, wenn das nächste Traditionslokal schließt und der Leerstand weiter wächst. Ein Gefühl von anhaltender Auflösung wird artikuliert:

»Wer das erlebt hier, nimmt vor allem die Verluste wahr. Da fällt der Arzt weg, da fällt der Discounter weg, da macht ein Industriebetrieb zu, da ist der Handwerker nicht mehr erreichbar.«

Dieses Gefühl betrifft den physischen Ort und seine Vitalität, greift aber auch auf die lokale Gemeinschaft über, auf persönliche Netzwerke und Vereine. Mit den Vereinen

schwindet die Handlungsfähigkeit der Zivilgesellschaft, ebbt das Gemeinschaftsleben ab. In einer Gemeinde in Bayern berichtet die Bürgermeisterin:

»Und dann die Gesangsvereine, da werden die Leute immer älter. Die können auch kein Fest mehr veranstalten, weil sie sagen, unsere Leute können das hier gar nicht mehr aufbauen, [...]. Es ist schlimm, aber es ist so.«

Auffällig war, dass es lokal offenbar ein Empfinden für eine Art »Point of no return« gibt, ab dem der schleichende in einen unaufhaltsamen Rückgang umschlägt. In einer ehemals durch Kur und Tourismus geprägten Kleinstadt in Thüringen heißt es mit Bezug auf die Innenstadt von einer ehrenamtlich engagierten Person:

»Mit diesem Weggang der Apotheke war das der Untergang. [...] Und ab dem Moment war nachher das Sterben offiziell.« (Ahnert et al. 2025: 43)

Das führt zu einer Gesamtwahrnehmung, dass es keine Hoffnung auf positive Entwicklung mehr gibt, was wiederholt mit Tod und Sterben als Metaphern umrissen wird. Mit Aussagen wie »Die Kinder und Enkel sind weg« oder »So, und jetzt wird im Landkreis [Ortsname] nur noch gestorben« schauen die Gesprächspartner:innen auch auf ein antizipiertes demographisches Ende des Ortes. Dafür wird immer wieder dieselbe Metapher gebraucht: »wenn jetzt nicht in den nächsten zwei Jahren irgendwas hier passiert, dann wird hier das Licht ausgemacht.«

In der Wahrnehmung vor Ort befinden sich diese Regionen in einem nicht aufzuhaltenden Kreislauf aus Abwanderung, Alterung und Infrastrukturverlust: Durch zurückgehende Nachfrage gehen Einzelhandel und Versorgung zurück. Alterung spielt hier mit: »Es hören Ärzte auf und es finden sich keine Nachfolger.« Zurück bleiben Orte, die als unattraktiv erlebt werden und weiteren Wegzug provozieren: »Aber für uns junge Leute gibt es halt auch keinen Grund hier zu bleiben?« Ein Negativsog wird beschrieben, der in einen Tunnel führt und am Ausgang des Tunnels kommt das Ende des eigenen Ortes in den Blick. Was bleibt, ist das Gefühl, vom gesellschaftlichen Wandel nur die Nachteile zu erleben, während die Vorteile in den Großstädten ankommen.

5.2. Ohnmacht, Hilflosigkeit und Fremdbestimmung

Solche Geschichten hinterlassen Gefühle tiefsitzenden Misstrauens, nicht nur in der breiten Bevölkerung, sondern auch bei den lokalen Entscheidungsträger:innen. Von diesen wird über enttäuschte Hoffnungen berichtet, über Sackgassen, wo man sich Entwicklungsmöglichkeiten versprochen hatte: Die Ausweisung neuer Gewerbegebiete, die dann aber keine Nachfrage finden; in Aussicht gestellte Investitionen, die

nicht realisiert werden; Infrastrukturprojekte, die nicht den gewünschten Effekt erzielen. In einer Thüringer Kommune erhoffte man sich:

»wenn die Autobahn [...] direkt hier vorbei geht, dann wird es gelingen, das Gewerbegebiet vollzukriegen, dann werden sich hier Unternehmen ansiedeln. Das sind aber alles mehr oder weniger enttäuschte Hoffnungen gewesen.«

Frappierend einheitlich ist auch die empfundene Machtlosigkeit im Prozess der Peripherisierung, die meist aber erst zur Sprache kommt, wenn im Gespräch ein gutes Vertrauensmoment erreicht ist und der Stolz auf Errungenes seinen Platz im Interview hatte. Machtlosigkeit wirkt auf unterschiedlichen Ebenen. Zunächst fehlt es an allen Ecken und Enden an Ressourcen. Die Knappheit beginnt im städtischen Haushalt und setzt sich in der Zivilgesellschaft fort. Bürgermeister:innen verschiedener Orte haben uns vorgerechnet, wie knapp ihre Kassen sind und was das für ihre Handlungsfähigkeit bedeutet. In einem Ort fließen seit über zehn Jahren die freien Mittel nahezu komplett in die Straßensanierung. In einem anderen Ort würden allein die Eigenmittel für die Sanierung einer Brücke auf der einzigen Zufahrtsstraße zum Ort die nicht gebundenen Mittel im Gemeindehaushalt für Jahre blockieren. Da solche Investitionen ausbleiben, steigt der Unmut der Bürger:innen, für die »nichts passiert«. Der Druck auf Kommunalpolitiker:innen und insbesondere auf die Bürgermeister:innen wächst, mehrfach wurde über Anfeindungen berichtet. Die Folge: Bürgermeister:innen oder ganze Gemeinderäte legen komplett aus Protest die Arbeit nieder, weil die finanziellen Ressourcen nicht einmal für die Pflichtaufgaben reichen, geschweige denn für das, was man gerne tun würde. Obwohl es kurzfristig eine gewisse Aufmerksamkeit gibt (siehe Doku SWR STORY 2025), ändert sich an den Strukturen aber nichts. So sind beispielsweise Teile eines Gemeinderats resigniert ins Amt zurückgekehrt, vor allem auch weil die AfD sich anschickte, die politischen Ämter einzunehmen.⁴

Auch in der Zivilgesellschaft kommt die Finanznot an, die Unterstützung für die Vereine schrumpft zusammen. So fragt sich ein:e Gesprächspartner:in in Hessen:

»Wie jetzt? Wir kriegen kein Sponsoring mehr für den Fußballverein. Warum nicht? Was haben wir denn verkehrt gemacht? Das ist wieder dieses Thema, ich bin so hilflos.« (Ahnert et al. 2025: 44)

Dass die einzige Hilfe, auf die verwiesen wird, Fördermittel sind, wird vor Ort nicht als Unterstützung, sondern häufig als Bevormundung, Belastung und Zumutung gelesen. Immer wieder sind die Eigenanteile ein Thema und wie schwer es ist, sie zu

4 <https://kommunal.de/hilferuf-einer-gemeinde-ein-jahr-nach-dem-ruecktritt-von-buergermeister-und-gemeinderat>.

erreichen. Vereine geben auf, ohne den Antrag zu stellen. Nach Jahren der Schulden und der knappen Kassen sind die Orte teilweise »kaputt gespart«. So berichtet ein Bürgermeister:

»Wir hatten 14, 15 Millionen Euro Schulden, und jetzt sind wir noch bei vier, ja knapp 5 Millionen, ... wenn du über 15 Jahre nur kürzt, um deine Kredite irgendwo zu bedienen, dann bleibt halt alles andere auf der Strecke.«

In den ostdeutschen Fallbeispielen sind nicht selten die Schulden in den 1990er Jahren entstanden, da die erwarteten Einnahmen der Aufbruchsjahre von anhaltender Deindustrialisierung und rückläufigen Bevölkerungszahlen konterkariert wurden. Es entstanden Schuldenberge. Die vielfachen Versuche, Veränderungen zu erreichen, münden in Frust und Ohnmacht. Ansprüche übergeordneter Regierungsebenen, Bürokratie und Regulierung schränken die Handlungsfähigkeit zusätzlich ein. Lokalpolitiker:innen erleben eine steigende Aufgabenlast bei gleichzeitig ausbleibender Unterstützung. Die Frage wird aufgeworfen, was der Sinn des eigenen Handelns überhaupt noch sei, ein düsteres Bild der lokalen Demokratie entsteht. Zudem fühlen sich Akteure nicht gesehen, Politik werde eher für die Großstädte gemacht, der ländliche Raum bleibe auf der Strecke.

Mit der Frage »Was findet lokal statt? Ist es noch entscheidend lokal?« reißt ein:e Gesprächspartner:in die Frage nach dem Stellenwert der kleinen Gemeinden in der demokratischen Verfasstheit des Landes an und beantwortet die Frage selbst mit der Diagnose von Missachtung und Machtgefälle: »Es zentralisiert sich die Macht.«

5.3. Verantwortungsfragen und Konflikte um lokale Responsibilisierung

Auf der Suche nach der Verantwortung für die lokale Situation treffen wir auf Narrative, die diffus oder konkret auf »die da oben« verweisen, charakteristisch für populistische Eliten-Kritik (vgl. Mudde 2020). Vor Ort werden sie von rechten Bewegungsakteur:innen aufgegriffen und angeheizt. Bürgermeister:innen und lokale Politiker:innen sehen sich als Versager:innen gebrandmarkt. Wechselseitige Verantwortungszuschreibung zwischen lokaler Bevölkerung und Stadtpolitik lässt Konflikte entstehen, und nicht selten fragen sich Akteure auch selbst, ob sie versagt haben.

Die Bürgermeister:innen bekommen als erste den Unmut der Stadtgesellschaft zu spüren. In einem halböffentlichen Gespräch, in dem die angekündigte Schließung des letzten Supermarkts besprochen wurde, heißt es: »Und was macht unser Bürgermeister? Der soll mal in die Gänge kommen«. Die Bürgermeister:innen müssen sich dafür rechtfertigen, dass mehrfach geäußerte Bedarfe, z. B. von den Ortsrat*innen eingemeindeter Orte, über lange Zeit nicht erfüllt werden können, weil einfach das Geld fehlt.

So im Kreuzfeuer der Erwartungen gefangen, geben Bürgermeister:innen selbst ihrem eigenen Frust darüber freien Lauf, dass sich andere ins Private zurückziehen und resignieren: »Das ist ja, also es wird gejammt, es wird gemeckert, aber es wird halt dann nichts gemacht«.

Vor Ort gibt man sich gegenseitig die Schuld, zum Beispiel fehle die Solidarität mit dem lokalen Gewerbe, aber dabei würde immer wieder geschimpft, dass die Läden schließen: »Aber die kaufen ja auch nix in der Innenstadt ein. Die sehen ja keinen Zusammenhang zwischen ihrem eigenen Handeln und dem was sie kritisieren. Das ist ja so lächerlich [...] Die sind selber dran schuld.«

Vorwürfe werden gemacht, dass manche die Vorteile des Landlebens genießen, dann aber die Hände in den Schoß legen würden. Dass man – anstatt sich zu engagieren – dann eben AfD wählt. In dieser Gemengelage fühlen sich Lokalpolitiker:innen von den höheren Politikebenen allein gelassen. Ein Bürgermeister in Hessen beschreibt, ein Landespolitiker würde »in seiner schwarzen Dienstkarosse« kommen, »um wieder schnell wegzufahren«. Dagegen müsse er sich »tagtäglich 24 Stunden an 365 Tagen« für die Situation vor Ort rechtfertigen. Ignoranz, fehlendes Interesse und eine Distanz zu ländlichen Räumen werden benannt, denn die meisten Bundespolitiker:innen kämen aus der Großstadt und machten auch Politik für die Großstadt.

Hier wiederholen und aktualisieren sich Kränkungserfahrungen, beispielsweise wenn die lokale Kompetenz nicht anerkannt wird, man sich nicht ernst genommen fühlt. Eine Gesprächspartnerin berichtet über die mühsamen Auseinandersetzungen zur Gebietsreform: »Wir haben damals nicht ideologisch oder parteipolitisch argumentiert, als es gegen die Gebietsreform ging, sondern fachlich.« Sie hätten eigene Analysen aufgestellt, gerechnet, auf Fehler hingewiesen, aber erfolglos: »Also, da haben sich die Politiker hingesetzt, haben gesagt, ›Nö, das machen wir so. Punkt aus«.

Auch die Struktur des Kommunalfinanzierungssystems wird als Kränkung erlebt: »unsere Menschen sind schon unterschiedlich wert. Also das heißt, der Mensch im Mittelzentrum und der Mensch in Frankfurt ist mehr wert beim Kommunalen Finanzausgleich als unsere Menschen.« Gesprächspartner:innen fragen sich fassungslos, warum die Finanzsorgen nicht ernst genommen oder ignoriert werden, warum die Landespolitik nicht hilft und ob eventuell Absicht dahinter steckt und man »den Totalkollaps der finanziellen Lage der Kommunen« provozieren wolle.

6. Diskussion und Schlussfolgerungen

Anliegen dieses Artikels war es, den Zusammenhang von Peripherisierung, Austeritätspolitik und kollektiven Verletzungserfahrungen als Nährboden rechter Mobilisierung zu beleuchten. Mit Rückgriff auf Straubs Konzept der kollektiven Verlet-

zungsverhältnisse haben wir gezeigt, wie sich Peripherisierung in Kleinstädten und ländlichen Gemeinden in Sachsen, Thüringen, Bayern und Hessen in kollektiv geteilte, emotionale Dispositionen einer diffusen Trauer, des Verlusts, der Wut oder der Hoffnungslosigkeit übersetzen. Zudem beobachten wir, dass die strukturellen Benachteiligungen, denen peripherisierte Kommunen ausgesetzt sind, lokal einerseits ein Konfliktpotential darstellen, andererseits ein Gemeinschaftsgefühl erzeugen, bei dem die Abwehr von Benachteiligung und Stigmatisierung eine große Rolle spielt.

Austerität, der staatlich verordnete und über Leistungs- und Wettbewerbslogik ausgestaltete Sparzwang für Kommunen, stellt sich unseren Ergebnissen zufolge nicht nur als Folge von Peripherisierung ein, sondern ist auch Teil des Ursachengeflechts und – was noch schwerer wiegt – verhindert, dass Akteur:innen vor Ort aus eigener Handlungsmacht Gegenwart und Zukunft ihrer Kommunen gestalten können. Stattdessen sehen sie sich in einem gefühlt immer enger werdenden Korsett von Auflagen und weiter schwindenden Ressourcen, die ihre Handlungsfähigkeit einschränken. Dies führt zu einer Erschöpfung der Akteur:innen sowohl in der lokalen Politik als auch in der noch immer zu Engagement bereiten Zivilgesellschaft.

Förderpolitik wirkt hier sehr ambivalent. Einerseits ermächtigt sie, da so überhaupt wieder Ressourcen verfügbar werden. Andererseits liegen die Ziele und Anforderungen, die mit Fördermitteln einhergehen, oft quer zu den lokal notwendigen Prioritäten. Aus lokaler Sicht erscheinen Entscheidungen so häufig als irrational. Das Vertrauen in die lokale Politik – und dann auch in demokratische Institutionen allgemein – schwindet ebenfalls, wenn sich Fördermaßnahmen aufgrund bürokratischer Anforderungen verzögern oder wenn die Zivilgesellschaft sich in ihrem Engagement nicht gewürdigt fühlt, weil der Gemeinderat den Eigenmitteln nicht zustimmt.

Rechte Protest- und Bewegungsakteur:innen, die von Mau, Lux und Westheuser (2023) »Polarisierungsunternehmer« genannt werden, knüpfen an die emotionalen Dispositionen vor Ort an, »ordnen« so mittels Erzählungen und Symbolen die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und verheißen Handlungsfähigkeit durch eine Zentrierung der adressierten Subjekte und ihrer Lebenswelt. Sie stellen (scheinbar) die lokale Bevölkerung und ihre Interessen in den Mittelpunkt ihres politischen Handels. Neue Entwicklungen werden dabei permanent als Bedrohung dieser Lebenswelt gerahmt und sind es in vielen Fällen auch, so dass diese erneuten Peripherisierungserfahrungen diesen rechten Gegenerzählungen und Versprechen weiteren Auftrieb verschaffen. Andere (positive) Entwicklungen werden kaum gesehen und zählen somit nicht zum Erfahrungsraum. Zur Gegenerzählung kommt auch eine tatsächliche Gegenerfahrung, Momente des Protests erwecken Gefühle der Ermächtigung (unabhängig der tatsächlichen Reichweite ihrer Handlungsmacht), der Selbstvergewisserung und der Stärkung einer lokalen Gemeinschaft.

Da lokal keine positive Entwicklung sichtbar ist, wird das »Staatsversagen« aus rechten Narrativen (gefühl) sichtbar. Die Ohnmacht der kommunalpolitischen Ebene stärkt eine Wahrnehmung von »Wir hier« und »Die da oben«, eine Figur, die leicht in populistische Elitenerzählungen eingebunden werden kann.

Letztlich werden in der gemeinsamen Kritik an der Landes- und Bundesregierung auch die lokale Gemeinschaft und positive Identitätsbezüge wiederhergestellt. Das Kopfschütteln über die Politik in Dresden, Erfurt, München und Wiesbaden, vor allem aber in Berlin, teilt man vor Ort über politische Gräben hinweg. Hinzu kommt, dass die Abwehr äußerer Stigmatisierung als zurückgeblieben und »braunes Nest« nicht nur das Wir-Gefühl weiter stärken, sondern auch die Normalisierung rechter Positionen begünstigen kann.

Möglicherweise ist die Wiederherstellung eines positiven lokalen Gemeinschaftsgefühls eine der aktuell am stärksten treibenden Kräfte für den voranschreitenden Rechtsruck.

Literaturverzeichnis

- Ahnert, Helene/Böhme, Marco/Ebenau, Alina/Grusdat, Marco/Haubenreißer, Charlotta/Hottmann, Carolin/Jakobi, Mathis/Keßler, Rosa/Körnig, Josephine/Retzlaff-Mank, Vanessa/Sommer, Jannik (2025): Selbst- und Fremdbestimmung in kleinen Kommunen in Hessen und Thüringen. Studienprojektbericht. FH Erfurt, 5.3.2025, unveröffentlicht.
- Aktionsbündnis: Für die Würde unserer Städte! (2014): Kaiserslauterer Appell an Bund und Länder zur Schaffung eines gerechten Gemeindefinanzsystems. https://www.kaiserslautern.de/mb/themen/ob/kaiserslauterer_appell.pdf vom 25.4.2025.
- Barlösius, Eva/Schiek, Daniela (2007) (Hg): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands. Wiesbaden: VS Verlag.
- Betz, Stephan (2007): »Die Demographisierung ökonomischer, kultureller und sozialer Veränderungen am Beispiel des ländlichen Raums«, in: Eva Barlösius/Daniela Schiek (Hg.): Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands. Wiesbaden: VS Verlag, S. 221–246.
- Betz, Stephan (2008): »Peripherisierung als räumliche Organisation sozialer Ungleichheit«, in: Eva Barlösius/Claudia Neu (Hg.): Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation – Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? Berlin: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, S. 7–16.

- Belina, Bernd/Kallert, Andreas/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (Hg.) (2022): *Ungleiche ländliche Räume: Widersprüche, Konzepte und Perspektiven*. Bielefeld: transcript.
- Berlin-Institut (2009): *Demografischer Wandel: ein Politikvorschlag unter besonderer Berücksichtigung der Neuen Länder*. Berlin: Berlin Institut.
- Bogumil, Jörg (2022): »Outputorientierte Steuerung im kommunalen Haushalt – ein jahrzehntelanges Missverständnis!«, in: *Verwaltung und Management* 28(3), S. 128–131.
- De Ruyter, Alex/Martin, Ron/Tyler Peter (2021): »Geographies of discontent: sources, manifestations and consequences«, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 14(3), S. 381–393.
- Gray, Mia/Barford, Anna (2018): »The depths of the cuts: the uneven geography of local government austerity«, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11(3), S. 541–563.
- Großmann, Katrin (2024): »Gefährliche Entpolitisierung. Warum Peripherisierung der extremen Rechten in die Hände spielt«, in: *APuZ* 74(33-35), S. 35–40.
- Hannemann, Matthias/Henn, Sebastian/Schäfer, Susann (2024): »Regions, emotions and left-behindness: a phase model for understanding the emergence of regional embitterment«, in: *Regional Studies* 58(6), S. 1207–1218.
- Hedtke, Christoph/Budnik, Maria/Großmann, Katrin/Krahmer, Alexander (im Erscheinen): »Emotional Dispositions and Affective Narratives: How Right-Wing Actors Benefit from Peripheralisation«, in: *International Journal of Conflict and Violence*.
- Hoffsümmer, Stefan/Grundnig, Karoline/Hilgers, Dennis (2016): »Die finanzwirtschaftliche Lage deutscher Kommunen – Eine Analyse kommunaler Bilanzen«, in: *Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen* 4, S. 342–366.
- Kallert, Andreas/Dudek, Simon (2019): »Aktivieren statt alimentieren: Austerität als Paradigma ländlicher Entwicklung am Beispiel Bayern«, in: Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg.): *Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformationen und lokale Herausforderungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot, S. 177–191.
- Kallert, Andreas/Belina, Bernd/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (2022): »Cultural Political Economy ländlicher Räume«, in: Bernd Belina/Andreas Kallert/Michael Mießner/Matthias Naumann (Hg.): *Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven*. Bielefeld: transcript, S. 147–162.
- Keim, Karl-Dieter (2006): »Peripherisierung ländlicher Räume«, in: *APuZ* 47(37), S. 3–7.
- Kühn, Manfred (2015): »Peripheralization: Theoretical Concepts Explaining Socio-Spatial Inequalities«, in: *European Planning Studies* 23(2), S. 367–378.

- Küpper, Patrick/Peters, Jan Cornelius (2019): »Entwicklung regionaler Disparitäten hinsichtlich Wirtschaftskraft, sozialer Lage sowie Daseinsvorsorge und Infrastruktur in Deutschland und seinen ländlichen Räumen«. Thünen Report 66, Braunschweig: Thünen-Institut.
- Le Bras, Hervé/Warnant, Achille (2021): *An Inegalitarian France: Regional Socio-economic Disparities in France*. Stockholm/Paris: Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Nordic Countries/FES Paris.
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus (2023): *Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- May, Jon/Williams, Andrew/Cloke, Paul/Cherry, Live (2020): »Still bleeding: The variegated geographies of austerity and food banking in rural England and Wales«, in: *Journal of Rural Studies* 79, S. 409–424.
- Mudde, Cas (2020): »Populismus in Europa: Von den Rändern zum Mainstream«, in: *Totalitarismus und Demokratie* 17(1), S. 13–34.
- Mullis, Daniel (2025): »From ›places that don't matter‹ to peripheralization: A geographical approach to understanding the spatialities of the far right«, in: *Environment and Planning C: Politics and Space*, S. 1–17.
- Netzwerk Junge Bürgermeister*innen (2024): *Debattenpapier: Ein moderner Staat beginnt in den Kommunen*. <https://www.junge-buergermeisterinnen.de> vom 06.2.2025.
- Re:Form (Hg.) (2025): *Für einen Zukunftsstaat: Aufruf für eine mutige Staatsreform*. <https://reformstaat.org/zukunftsstaat/> vom 23.4.2025.
- Rodriguez-Posé, Andrés (2018): »The revenge of the places that don't matter (and what to do about it)«, in: *Cambridge Journal of Regions, Economy and Society* 11(1), S. 189–209.
- Sandbu, Martin (2022): *The economics of belonging: A radical plan to win back the left behind and achieve prosperity for all*. Princeton: Princeton University Press.
- Spissinger, Florian (2024): *Die Gefühlsgemeinschaft der AfD – Narrative, Praktiken und Räume zum Wohlfühlen*. Opladen: Barbara Budrich.
- Straub, Jürgen (2014): »Verletzungsverhältnisse. Erlebnisgründe, unbewusste Tradierungen und Gewalt in der sozialen Praxis«, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 60(1), S. 74–95.
- Stückrad, Juliane (2011): »Ich schimpfe nicht, ich sage nur die Wahrheit.« Eine Ethnographie des Unmuts am Beispiel der Bewohner des Elbe-Elster-Kreises (Brandenburg). Kiel: Verlag Ludwig.
- SWR STORY (2025): *Demokratie im Dorf vor dem Aus? Wer rettet die Politik an der Basis?* <https://www.ardmediathek.de/video/swr-story/demokratie-im-dorf-vo-r-dem-aus-wer-rettet-die-politik-an-der-basis/swr/Y3JpZDovL3N3ci5kZS9hZkXgvybZlwnNjAzMTE> vom 10.6.2025.